

Freddy CREMER (ProDG)

10. Dezember 2020

Es gilt das gesprochene Wort!

Haushaltsdebatte - Replik

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament

Die 15 Minuten, die unserer Fraktion für die Replik zur Verfügung stehen, werde ich mir mit meiner Kollegin Liesa Scholzen teilen.

In meiner Erwiderung möchte ich auf verschiedene Aussagen, die einige Kollegen der Opposition in den Diskussionsrunden am Montag und Dienstag gemacht haben, etwas näher eingehen.

Doch zuerst zwei allgemeine Bemerkungen. Dass die diesjährigen Haushaltsdebatten maßgeblich von der Corona-Krise geprägt sein würden, war jedem klar. Dies ist auch nachvollziehbar, denn die Krise bedingt einschneidende Einnahmeverluste auf der einen Seite und bedeutende Mehrausgaben auf der Ausgabenseite.

Dass aber die Redner der Vivant-Fraktion die haushaltspolitischen Aspekte der Krise weitgehend ausklammerten, um wieder einmal eine volle Breiseite der längst bekannten Vivant-Positionen gegen das Tragen von Schutzmasken, gegen die Lockdown-Maßnahmen, gegen das Impfen und für die verharmlosende Darstellung der COVID-19-Pandemie abzufeuern, hat mich dann doch überrascht.

Aber es hat mich auch wiederum nicht überrascht, denn schließlich gerieren sich die Vivant-Vertreter seit Beginn der Pandemie als die einzigen Verteidiger der von der Verfassung garantierten Grundrechte und Freiheiten. Man gefällt sich in der Rolle der wackeren Querdenker, die nicht müde werden gegen die Mehrheitsmeinung anzukämpfen.

Einige Kollegen von der Opposition bewerteten das bisherige Krisenmanagement der Regierung durchaus durchwachsen. Hin und wieder gab es, vor allem aber viel Kritik. So sei die Regierung beispielsweise „triumphalistisch“ aufgetreten.

Diese Einschätzung steht im Widerspruch zum durchaus positiven Testat über die Regierungsarbeit in der Krise, das die Vertreter der Organisationen gaben, die wir bislang im Sonderausschuss, der sich mit einer Aufarbeitung der Krise befasst, angehört haben. Dazu gehören das ADG, die OBI, die IHK, die Mittelstandvereinigungen, die WPZS, das Zentrum Mosaik, die SIA, die Krankenpflegevertretungen der beiden Kliniken, die KPVDB, das BTZ...

Nach Anlaufschwierigkeiten, habe man – so unisono die Vertreter dieser Organisationen- gut, rasch, effizient und auf Augenhöhe mit der Regierung kommuniziert und zusammengearbeitet und die Hilfsmaßnahmen waren umfassend.

Wie unterschiedlich doch die Wahrnehmung sein kann, wenn man durch die Oppositionsbrille schaut.

Kollege Franssen von der CSP monierte am Montag, dass die Regierung mit diesem Investitionsprogramm gar nicht in der Lage sei, die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen. Wörtlich sagte er: „Wir sind mitten in der Krise, wir sind im Auge des Sturms.“

Dass die Krise noch nicht überstanden ist, dürfte, so hoffe ich doch zumindest, auch der Regierung nicht entgangen sein. Ministerpräsident Paasch hat dies auch nie in seiner Regierungserklärung von September behauptet. Es ging auch nicht darum, im September eine **abschließende** Bilanzierung vorzunehmen, sondern aus einer Krise, die auch die DG bereits sieben Monate lang im Würgegriff hielt, erste Schlussfolgerungen zu ziehen und Maßnahmen zu initiieren.

Da wir in der Prüfungszeit sind, sei mir ein Vergleich erlaubt. Nach dem ersten Semester zieht ein kluger Student eine erste Zwischenbilanz, zieht erste Lehren aus seinem bisherigen Arbeitsverhalten und nimmt notwendige Korrekturen vor, um am Ende das akademische Jahr zu bestehen.

So ist auch die Regierungserklärung von September einzuordnen.

Kollege Franssen meinte, jedes Projekt müsse „auf Herz und Nieren“ geprüft werden. Genau dieses Angebot zu einem „parteiübergreifenden Dialog“ mit dem Ziel, einen „breiten Konsens“ zu erreichen, hat Ihnen der Ministerpräsident am 16. September unterbreitet. Wörtlich sagte er: „Wir sind weiterhin gerne bereit, Anpassungen an diesem Programm vorzunehmen und konstruktive Abänderungsvorschläge der Opposition aufzugreifen.“

Dieses Investitionspaket hat nichts mit einem „Wunschzettel“ gemein. Es ist ein ehrgeiziges Infrastrukturprogramm, das deutliche Mehrwerte für die Menschen unserer Gemeinschaft beinhaltet.

Es ist genau das, was unsere Gemeinschaft „enkeltauglich“ machen wird. Frau Voss gebrauchte diesen Begriff. Das ist nach meinem Ermessen nachhaltige Politik in Schlüsselbereichen unserer Autonomie. Auch wenn die Kollegen Franssen, Kraft und Mockel daran erinnerten, dass diese Regierung nur ein Mandat bis Mai 2024 hat, ist es doch nur logisch, dass solch eine gewaltige infrastrukturelle Anstrengung nicht in dreieinhalb Jahren zu verwirklichen sein wird.

Die Kollegen Franssen und Creutz monieren, dass die DG sich mit dem flächendeckenden Glasfaserausbau einen „Schuh anziehe, der nicht der ihre ist“ (P.Creutz) Für diese Aufgabe seien andere zuständig. Gleichzeitig fordern aber andere Kollegen, wie beispielsweise Colin Kraft, dass die Digitalisierung auch im schulischen Bereich rasant vorangetrieben werde. Alle Lehrer und Schüler sollen mit leistungsstarken Geräten ausgestattet werden.

Die Krise zeigt, dass e-commerce und online-Shopping auch für den Kleinhandel zunehmend wichtig sind. Viele Selbständige und viele Unternehmen in der Eifel sind benachteiligt, weil die bestehende Internet-Infrastruktur in diesem Bereich in desaströsem Zustand ist.

Mit dem flächendeckenden Glasfaserausbau, ein Projekt, das 40 Millionen Euro kosten wird, schafft die Regierung überhaupt erst die Voraussetzung, dass der Anschluss an das digitale Zeitalter nicht verloren geht.

Die CSP kann doch nicht wirklich wollen, dass in diesem essentiellen Bereich Investitionen auf die lange Bank geschoben werden, nur mit der Begründung, dass die DG dafür eigentlich nicht zuständig ist.

„Die DG braucht einen Plan!“ Refrain-artig, ich dachte schon, gleich beginnt die Kollegin zu rappen, wiederholte Frau Creutz gleich sieben Mal in ihrer Stellungnahme von Dienstag, dass die DG „einen Plan brauche“, denn es habe sich herausgestellt, dass die DG, so ihre Diagnose, „nicht krisentauglich sei.“

Frau Kollegin, die DG verfügt seit 2008 über einen Masterplan mit 32 Teilprojekten, die seit 11 Jahren systematisch schrittweise umgesetzt werden. Es ist das REK III, das 2019 in die dritte Umsetzungsphase gestartet ist. Gerade weil es dieses nachhaltige und visionäre politische Navigationssystem gibt, ist die DG auch in der

Krise keinen gefährlichen Schlingerkurs gefahren und bislang vergleichsweise gut durch die Krise gekommen.

Frau Creutz sagte, „für die CSP-Fraktion sind Kunst und Kultur essentiell.“ Das sagt die ProDG-Fraktion schon seit jeher. In keinem Sektor hat es in den letzten Jahren so bedeutende Zuwächse gegeben wie im Kultursektor und die Rahmendbedingungen sind ständig verbessert worden. Und auch in der Krise nutzt die Kulturministerin alle Hebel, um den Sektor bestmöglich zu unterstützen. Das bestätigte noch vor einigen Wochen der Geschäftsführer von Chudoscnik Synergia im Ausschuss II.

Ich habe wiederholt an dieser Stelle gesagt, dass Kultur nicht nur ein schmückendes Beiwerk für die wirtschaftlich fetten Jahre ist; gerade in wirtschaftlich mageren Jahren muss sich die Wertschätzung zeigen. Und genau das passiert.

Kollege Balter meinte an meine Adresse gerichtet, dass man immer einen Professor finde, „der die eigenen Thesen zur Staatsschuld unterstützt.“ Auf dem Gebiet ist der Kollege sicher Fachmann, denn Vivant hat noch immer zu jedem Thema irgendeine selbsternannte Koryphäe in Hintertupfung gefunden, um die abenteuerlichsten Thesen zu belegen; so zum Beispiel, dass es eine Klimaverschlechterung überhaupt gar nicht gebe..

Beide von mir zitierten Wirtschaftswissenschaftler, Rudolf Hickel und Carl-Ludwig Holtfrerich sind zwei international renommierte Spezialisten; einen davon haben sie selbst vor einigen Jahren im Ausschuss kennengelernt.

Beide Autoren räumen mit antiquierten Vorstellungen zur Staatsschuld auf. Zur richtigen Einschätzung der Staatsschuld genügt es eben nicht, nur gebannt auf den Nominalwert zu starren, der auf der Schuldenuhr angezeigt wird. Der Sachverhalt ist etwas komplexer.

Die Kollegen Mockel und Franssen thematisierten die strengen Buchhaltungsnormen des Fiskalpaktes, die möglicherweise ab 2022 wieder gelten werden. Franssen sprach von einem „Damoklesschwert“, das über der DG hänge.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bin fest davon überzeugt, dass die Vorgaben des Fiskalpaktes in Verbindung mit den strengen EU-Buchhaltungsvorschriften einer Reevaluierung bedürfen. Schon lange vor der Corona-Krise wurden in allen EU-Staaten diese Diskussionen geführt, denn es ist nicht akzeptabel, dass aufgrund restriktiver EU-Haushaltsregeln wichtige Investitionen nicht getätigt und künftigen Generationen marode Infrastrukturen hinterlassen werden.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft sollte sich aktiv in diese Diskussion einbringen - z.B. im Konzertierungsausschuss -, um gemeinsam mit der Föderalregierung und den anderen Gebietskörperschaften die EU aufzufordern, Flexibilisierungen der bestehenden Buchhaltungsnormen zu ermöglichen.

Ich bin davon überzeugt, dass dies auch in unserem Parlament fraktionsübergreifend analysiert und diskutiert wird. Ich freue mich auf diesen Austausch.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit

Freddy Cremer

ProDG-Fraktion